

Modernisieren *und* Sterben?

Die Auswirkungen der Agenda 2010 auf die Wahlergebnisse der deutschen Sozialdemokratie

Hanna Schwander und Philip Manow

Es ist eine Binsenweisheit, dass man aus der Vergangenheit lernen soll. Mit Blick auf die Reformen der Agenda 2010¹ ist sie aber für die bevorstehende Bundestagswahl im Jahr 2017 für die Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD) umso entscheidender. Denn die Agenda – eine der tiefgreifendsten Sozialstaatsreformen seit der Wiedervereinigung – hat in einer bislang beispiellosen Weise die Optionen für neue Wählergruppen verschoben. Erstaunlich ist, dass bisher die Reaktionen der Wähler/innen auf Sozialstaatsreformen kaum empirisch untersucht wurden. Insbesondere direkt betroffene Wählergruppen sind bisher nicht untersucht worden (siehe u. a. Arndt 2013). An dieser Lücke setzt der folgende Beitrag an. Er untersucht die Auswirkungen auf den Wahlerfolg der SPD bei denjenigen Gruppen, die direkt von der Agenda betroffen sind.

Die Agenda wird oft als Grundstein für den aktuellen wirtschaftlichen Erfolg des Landes angeführt. Gleichzeitig steht sie jedoch für eine komplette und unerwartete Abkehr vom traditionellen sozialpolitischen Modell (vgl. Kemmerling/Bruttel 2006; Fleckenstein 2008; Hassel/Schiller 2010). Für die SPD ist dies problematisch, läuft sie doch Gefahr, durch den Umbau des Sozialstaates ihre Kernwählerschaft zu verlieren. Schließlich war der Sozialstaat lange Zeit

der Kernpunkt sozialdemokratischer Mobilisierungsstrategien.

Doch seit Reformen, Modernisierungen und Haushaltskürzungen die Politik prägen, steht die Sozialdemokratie vor besonderen Herausforderungen: Soll sie den Sozialstaat den Anforderungen einer postindustriellen, wissensbasierten Wirtschaft anpassen und damit die Unterstützung ihrer Stammwähler/innen riskieren? Der dauerhafte Schutz der Interessen der traditionellen Wählerschaft würde gleichzeitig eine Bindung von Wähler/innen aus der Mittelschicht an sozialdemokratische Parteien erschweren. Die Rolle einer ewigen Oppositionspartei wäre die Folge (vgl. Hopkin 2004; Karreth et al. 2013). Darüber hinaus ist die Sozialdemokratie mit divergierenden Interessen innerhalb der Arbeiterschaft konfrontiert. Die Dualisierung der Arbeiterschaft in sogenannte *Insider* und *Outsider* verändert die möglichen Strategien der Sozialdemokraten. Sie muss sich zwischen dem Schutz der Insider-Interessen und der Modernisierung des Sozialstaates entscheiden.

Um die Folgen der Agenda zu erfassen, muss auf die bislang unzureichende Datenlage reagiert werden. So enthalten Meinungsumfragen selten detaillierte Informationen über den sozioökonomischen Status *und* über das Wahlverhalten der Befragten. Zudem sind sie meist wenig verlässlich, gerade wenn es um marginale Arbeitsmarktgruppen geht. Hierfür setzen wir de-

1 Im Folgenden wird von „Agenda“ gesprochen, wenn die „Agenda 2010“ gemeint ist.

taillierte Daten über die sozioökonomische Situation der Wähler/innen aus über 400 Landkreisen und kreisfreien Städten² mit den offiziellen Wahlergebnissen in diesen Bezirken miteinander in Bezug. Die Daten wurden über einen Zeitraum von mehreren Wahlen erhoben. Dieses Vorgehen erlaubt, die komplexen Verteilungseffekte von Sozialstaatsreformen auf die verschiedenen gesellschaftlichen Schichten zu entflechten.

Unsere Untersuchung zeigt, dass die Agenda tatsächlich zu einer Entfremdung zwischen der SPD und ihrer Kernwählerschaft geführt hat – allerdings nicht unmittelbar nach der Einführung der Reformen, sondern erst, als sich mit der Partei Die Linke eine Alternative zur SPD etablierte hatte. Zu diesem Zeitpunkt entschieden sich enttäuschte SPD-Wähler nicht mehr, der Urne fernzubleiben, sondern gaben ihre Stimme der Linken. Gleichzeitig waren die Stimmengewinne bei der Mittelklasse – eine bekanntermaßen volatile Wählergruppe – nicht stark genug, um die Stimmenverluste bei den Stammwählern auszugleichen. Es stellt sich die Frage, wie die SPD mit diesem Dilemma umgehen soll. Die Versuchung ist groß, vom Reformkurs abzuweichen, um die verlorenen Stimmen zurückzugewinnen. Wir warnen jedoch vor solch einer Strategie, da wir sie weder parteipolitisch noch makro-ökonomisch für gewinnbringend halten. Das elektorale Gewicht der Insider (der klassischen Arbeiterschaft) wird aufgrund des wirtschaftlichen und sozialen Wandels weiter abnehmen, während die Bedeutung der Mittelklasse als Wählergruppe steigt. Diese Wählergruppe befürwortet jedoch ei-

nen „modernen“ Wohlfahrtsstaat, der einer post-modernen Gesellschaft und Wirtschaft entspricht. Beispielsweise ist die Verlagerung von Sozialausgaben weg von Arbeitslosenentschädigungen hin zur Absicherung von post-industriellen Risiken – wie zum Beispiel der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch Elternzeit und Kinderbetreuungssysteme – eher dazu angelegt, die Gunst dieser Wählerschaft zu gewinnen. Dass die deutlichen Verbesserungen in diesem Bereich im letzten Jahrzehnt der Reformlogik der Agenda entsprechen und von der SPD maßgeblich gestaltet wurden, sollte jedoch deutlicher kommuniziert werden. Gleichzeitig wirkten sich die Reformen positiv auf die deutsche Wirtschaft und den Arbeitsmarkt aus. Eine Umkehr der Reformen, die zum Beispiel in einer tieferen Beschäftigungsquote resultieren würde, würde dies gefährden.

Daher empfehlen wir der SPD, eindeutig zum Reformprojekt Agenda zu stehen und *einerseits* die positiven Effekte der Agenda auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt hervorzuheben und *andererseits* zu betonen, dass notwendige Anpassungen getätigt wurden und weiter getätigt werden. Der Mindestlohn ist hierfür ein gelungenes Beispiel, mit dem sich auch niedrigqualifizierte Outsider gewinnen lassen. Die Bemühung um diese Wählergruppen ist umso dringlicher geworden, als mit der Partei Alternative für Deutschland (AfD) ein weiterer Konkurrent um unzufriedene Wählergruppen aufgetaucht ist. Die gute Nachricht ist, dass der gestiegene Wettbewerb um ihre Stimmen auch Wählergruppen an die Urne bringt, die bisher dem politischen Prozess fernblieben. Mit der richtigen sozialpolitischen Strategie gibt es keinen Grund, weshalb es der SPD nicht gelingen sollte, auch diese Gruppen für sich zu gewinnen.

2 Der amtliche Begriff der administrativen Einheit, auf welche sich die Daten beziehen, lautet „Landkreise und kreisfreie Städte“. Im Folgenden wird von Kreisen gesprochen.

Die Wahleffekte sozialstaatlicher Reformen

Dieser Aufsatz spricht drei unterschiedliche Stränge der bestehenden Literatur an: Er leistet *erstens* einen Beitrag zur Debatte über die Politik der Dualisierung des Arbeitsmarktes, indem er die Folgen einer Reform analysiert, welche die Privilegien von Insidern reduziert (vgl. Palier/Thelen 2010a; Thelen 2014). *Zweitens* knüpft dieser Aufsatz an die Debatte über die Auswirkungen von Sozialstaatsreformen auf Wahlergebnisse an (für einen Literaturüberblick siehe Häusermann et al. 2012). *Drittens* schließlich geht der Aufsatz auf die Literatur über den Parteienwettbewerb und Sozialstaatsreformen ein. Hier steht die Frage im Fokus, inwiefern sich der Parteienwettbewerb auf die Reformbereitschaft von Regierungen auswirkt. Wir untersuchen die komplementäre Frage nach den Auswirkungen von Sozialstaatsreformen auf den Parteienwettbewerb. Auch in dieser Hinsicht erscheint die Bundesrepublik als besonders geeignetes Forschungsobjekt, da sie über eine spezielle Parteienkonstellation verfügt: Vor der Einführung der Agenda gab es keine radikale linke Partei, die der SPD Wählerstimmen streitig machte.

Eine wachsende Anzahl von Veröffentlichungen untersucht empirisch die Schnittstelle zwischen sozialstaatlichen Reformen und Wahlen (vgl. Armingeon/Giger 2008 und 2011; Giger/Nelson 2011; Giger 2012; Arndt 2013; Schumacher 2011; Green-Pedersen 2001). Lange orientierte sich die Literatur dabei an Paul Piersons einflussreicher These über die neue Politik des Wohlfahrtsstaates: Er ging davon aus, dass die Reformbereitschaft von Regierungen in Zeiten einer „permanenten Austeritätspolitik“ und aufgrund der Popularität des Wohlfahrtsstaats nicht mehr entlang traditioneller parteipol-

itischen Konfliktlinien verläuft (Pierson 1998, 2001a, 2001b).

Die Literatur über die Dualisierung des Arbeitsmarktes führt einen weiteren Grund für die möglicherweise abnehmenden parteipolitischen Differenzen in Hinblick auf die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik an. Dieser ist in den wahltaktischen Überlegungen der Parteien verankert: So argumentiert David Rueda, dass die Sozialdemokratie mit gegenläufigen Interessen von Arbeitsmarkt-Insidern und –Outsidern konfrontiert ist. Der zunehmende Wettbewerbsdruck, die De-Industrialisierung und eine „selektive Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes (Regini 2000) führen zu einer Spaltung der Arbeiterschaft: Die Insider gehen einer stabilen und regelmäßigen Beschäftigung nach und sind vor Fluktuationen des Arbeitsmarktes geschützt. Die Outsider hingegen trifft die volle Wucht wirtschaftlicher Anpassungen. Sie sind eher atypisch beschäftigt oder arbeitslos (vgl. Emmenegger et al. 2012; Häusermann/Schwander 2012). Rueda geht davon aus, dass sozialdemokratische Parteien sich auf die Seite der Insider stellen, da sie besser organisiert sind und enge Kontakte zu den sozialdemokratischen Partnern wie beispielsweise zu Gewerkschaften pflegen (vgl. Rueda 2006, 2007). Im Gegenteil dazu sind Outsider politisch inaktiv (vgl. Rueda 2007) oder neigen dazu, radikale Parteien zu wählen (vgl. King/Rueda 2008; Emmenegger et al. 2015). Dieser Argumentation folgend, hätte die Agenda niemals von Sozialdemokraten eingeführt werden können. Und in der Tat galt Deutschland in der Einschätzung vieler lange als das Land mit den geringsten Chancen auf eine Modernisierung des Sozialstaats – sogar noch bis kurz vor der Agenda (vgl. Kitschelt 2003).

Hanna Schwander (2013) argumentiert hingegen, dass aufgrund der wachsenden

Anzahl an Outsider*innen auch innerhalb der Mittelschicht sowie der untragbaren ökonomischen Kosten eines Interessenschutzes von Insider*innen auch sozialdemokratische Parteien einen Anreiz haben, die Privilegien von Insider*innen zu reduzieren. Eine solche Politik ermögliche es ihnen, die Mittelschicht *und* Outsider*innen für sich zu mobilisieren. Erschwerend für eine solche Wählerkoalition wirkt sich jedoch aus, dass Wahlzugewinne in der Mittelschicht oft nur von kurzer Dauer sind (vgl. Karreth et al. 2013). Zudem haben Outsider*innen aufgrund der Komplexität der Institutionen und Reformen oft Schwierigkeiten, die für sie vorteilhaften Arbeitsmarktrefor-men zu erkennen und beteiligen sich politisch kaum. Das macht sie zu einer vergleichsweise unattraktiven Wählergruppe.

Nicht zuletzt wird argumentiert, dass Sozialstaatsrefor-men nicht zwangsläufig nachteilig für linke Parteien sein müssen. Fiona Ross identifiziert bei Sozialstaatsrefor-men eine „Nixon-geht-nach-China-Logik“. Bei der politischen Linken als Gründerin und Bewahrerin des Sozialstaats geht die Wählerschaft davon aus, dass sie nicht aus ideologischen Gründen den Sozialstaat abschaffen will, sondern dass es rationale Gründe für einen solchen Umbau geben muss. Folglich hat die politische Linke weniger Widerstand bei der Umsetzung unvermeidbarer Kürzungen zu erwarten (vgl. Ross 2000; Kitschelt 2001; Green-Pedersen 2002). Linke Regierungen können Kürzungen im Sozialstaat rechtfertigen, indem sie die Refor-men als Mittel verkaufen, um existierende Dysfunktionalitäten im System zu überwinden (vgl. Green-Pedersen 2002). Dadurch würde das Fortbestehen des Sozialstaats als eine staatliche Institution der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit sichergestellt. Die Nixon-geht-nach-China Logik und die Strategie der Rechtfertigung funktionieren jedoch

nur, wenn keine um dieselbe Wählerklientel rivalisierende Partei die Reformpläne der vorhandenen linken Partei angreift.

Die „strategische Konfiguration“ zwischen Parteien (Kitschelt 1999, 2001) ist also ein äußerst wichtiger Parameter in Hinblick auf die Auswirkungen von Sozialstaatsrefor-men auf Wahlen. Für den Wahlerfolg einer reformfreudigen sozialdemokratischen Partei ist entscheidend, ob ein radikal linker Mitbewerber existiert, welcher unzufriedenen Wählern als Alternative dient (vgl. Watson 2008; Hopkin 2004). Dieses Argument erklärt die Reformunwilligkeit der sozialdemokratischen Parteien in Frankreich und Italien: Ein sozialdemokratischer Flirt mit Sozialstaatsrefor-men hätte sofort einen Stimmenzugewinn bei den kommunistischen Parteien zur Folge gehabt, was eine Orientierung sozialdemokratischer Parteien hin zur politischen Mitte verhinderte (vgl. Manow 2013, 2015).

Der Wohlfahrtsstaat als Mittel zur Wählermobilisierung

In Deutschland trat erst *aufgrund* der unbeliebten Sozialstaatsrefor-men ein radikaler linker Wettbewerber auf die politische Bühne. Aber trotz einiger großer Protestdemonstrationen war anfangs die öffentliche Meinung gegenüber den Refor-men nicht derart ablehnend, wie man es heute annehmen könnte. Viele erkannten die Refor-men als notwendig an. Insgesamt genoss das Reformprojekt durchaus eine breite Unterstützung: Beinahe 50 Prozent der westdeutschen und 40 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung hießen die Refor-men willkommen. Innerhalb der SPD-Wähler*innen waren die Befürworter*innen sogar noch zahlreicher als in der gesamten Bevölkerung. Zumin-

dest in Westdeutschland neigten im Jahr 2005 62,1 Prozent dazu, die Reform eher zu unterstützen. Zudem wiesen Kernwählerschaften der SPD wie Gewerkschaftsmitglieder, qualifizierte Arbeitnehmer/innen oder Arbeitslose relativ hohe Zustimmungswerte auf.³

Verlierer und Gewinner der Agenda 2010

Unsere These lautet, dass die SPD in den Regionen die höchsten Wahlverluste zu verzeichnen hatte, in denen es überdurchschnittlich viele „Agenda-Verlierer“ gibt. Doch wer genau sind diese Reformverlierer? Die verteilungspolitischen Auswirkungen der Reformen sind sowohl in Hinblick auf Insider als auch auf Outsider komplex.

Wir identifizieren fünf spezifische Gruppen, die direkt von den Sozialstaatsreformen betroffen sind: *zwei* Insider-Gruppen und *drei* Outsider-Gruppen.

Die erste Insider-Gruppe umfasst die qualifizierten Industriearbeiter, denen ein großer Teil ihrer traditionellen Privilegien durch die Reformen genommen wurde. Die Reform repräsentiert eine klare Abkehr vom traditionellen Modell des deutschen Wohlfahrtsstaates, das auf dem Statusschutz von Insidern basierte, hin zu einem aktivierenden Sozialstaat mit einer deutlichen Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Eine großzügige Arbeitslosenversicherung war einer der Eckpfeiler zur Absicherung der Löhne – und damit auch des sozialen Status – von Facharbeitern (vgl. Streeck/Thelen 2005; Estévez-Abe et al. 2001). Zugleich waren es gerade die Sozialdemokraten, die ihre Interessen als

Insider schützten. Aus diesem Blickwinkel heraus hätte die Agenda niemals verabschiedet werden können. Sie reduzierte den Interessenschutz von qualifizierten Insidern, ihren Gewerkschaften und der Arbeitgeber (vgl. Hassel/Schiller 2010). Stattdessen legte die Agenda einen Schwerpunkt auf die Absenkung der Arbeitslosenquote und auf die Erhöhung der Beschäftigungsquote. Während frühere Strategien darauf ausgerichtet waren, Vollbeschäftigung für qualifizierte, männliche Alleinverdiener zu erreichen, bezieht die neue Beschäftigungsstrategie explizit frühere Outsider-Gruppen mit ein: Frauen, ältere Arbeitnehmer und Langzeitarbeitslose (vgl. Schmidt 2006). Folglich sehen wir qualifizierte Industriearbeiter als die Verlierer der Reform an (für ein gegenteiliges Argument siehe Thelen 2014; Palier/Thelen 2010b).

Auch so genannte Outsider-Gruppen waren von den Reformen unmittelbar betroffen. Das reduzierte Arbeitslosengeld sowie eine verschärfte Sanktionierung trafen gerade Regionen mit hohen Arbeitslosenquoten als eine erste Outsider-Gruppe. Dementsprechend war der Widerstand gegenüber der Agenda besonders in Ostdeutschland, Hamburg und im Ruhrgebiet sowie im Saarland stark ausgeprägt (vgl. Hassel/Schiller 2010). Zwar führte die Agenda zu einem wirtschaftlichen Aufschwung mit einer geringeren Arbeitslosenquote, aber Arbeitslose erhielten fortan weniger Arbeitslosenleistungen und mussten härtere Sanktionen fürchten.

Als zweite Outsider-Gruppe sind Langzeitarbeitslose (im Durchschnitt) zwar weniger von der Reduzierung der großzügigen Arbeitslosenleistungen betroffen, da viele bereits vorher auf die gering angesetzte Sozialhilfe angewiesen waren. Seit der Agenda unterliegen sie jedoch stärkeren Kontrollen

3 Quelle: Eigene Untersuchungen basierend auf Daten der Politbarometer 2002 und 2005.

und Sanktionen und müssen Ein-Euro-Jobs akzeptieren. Parallel dazu führte die Agenda neue Maßnahmen zur Aktivierung ein, die von Teilnehmern positiv bewertet wurden (vgl. Obermaier et al. 2013). Allerdings brachten sie wenige Menschen wieder effektiv in Erwerbsarbeit. Folglich sehen wir Arbeitslose und Langzeitarbeitslose als Verlierer der Agenda an.

Die Reformen hatten auch negative Effekte für ältere Arbeitslose, die zweite Insider-Gruppe. Vor den Reformen wurde von Arbeitslosen über 58 Jahren keine Rückkehr auf den Arbeitsmarkt erwartet. Vielmehr wurde das Arbeitslosengeld als Mittel der Frühverrentung benutzt (vgl. Manow/Seils 2000). Indem die Agenda die Bezugsdauer der Arbeitslosenversicherung verkürzte, verschloss sie diese Ausstiegsoption aus dem Arbeitsmarkt. Sie formulierte explizit das Ziel, die Beschäftigungsquote von Älteren zu erhöhen.

Geringqualifizierte Arbeitnehmer/innen sind eine weitere Outsider-Gruppe, die negativ von der Agenda betroffen ist. Traditionellerweise werden sie von sozialdemokratischen Parteien unterstützt. Infolgedessen sollte die SPD in Bezirken mit vielen Geringqualifizierten Stimmen gewinnen. Die Effekte der Agenda auf die Geringqualifizierten sind nicht eindeutig. Susanne Koch et al. (2009: 249-50) argumentieren, dass Haushalte mit einem Einkommen unter dem Grundsicherungsniveau und jene, die Grundsicherung beziehen, zu den Reform-Gewinnern gehören. Dieses Argument wird mit Blick auf die frühere Sozialhilfe angeführt. Aufgrund der Agenda wurden neue Regelungen zur Anrechnung von Einkommen und Vermögen vorgenommen.

Die Gruppe der mittleren Einkommen zählt dagegen zu den Hauptverlierern (vgl. Trampusch 2005). Ähnlich argumentieren

Anke Hassel und Christof Schiller (2010: 47), das Reformprojekt sei am erfolgreichsten bei der Reduzierung von „versteckter“ Armut und Langzeitarbeitslosigkeit. Von beidem profitieren am stärksten geringqualifizierte Arbeitnehmer/innen. Andererseits führte die Agenda zur Entstehung eines Niedriglohnssektors (vgl. Rhein 2013). Geringqualifizierte fühlen sich von dieser Entwicklung bedroht, da sie fürchten, von der Niedriglohn-Konkurrenz verdrängt zu werden.

Zusammengefasst gehen wir davon aus, dass Sozialdemokrat/innen in den Kreisen die stärksten Verluste erleiden, die negativ von den Effekten der Reform betroffen sind – also in Kreisen mit einem hohen Anteil an Arbeitslosen, Langzeitarbeitslosen und älteren Arbeitslosen sowie mit einem hohen Anteil an industriellen und geringqualifizierten regulär Beschäftigten.

Es gibt jedoch sowohl in der gesamten Bevölkerung als auch innerhalb der sozialdemokratischen Wählerschaft Agenda-Gewinner. Beispielsweise haben ehemalige Sozialhilfeempfänger/innen seitdem einen besseren Zugang zu Beratungs- und Dienstleistungsangeboten. Die größte Gewinnerin der Reform ist jedoch die Mittelschicht mit höherem Einkommen, was insbesondere für Beschäftigte im Dienstleistungssektor zutrifft. Die Reformen erlaubten eine substantielle Reduzierung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent in 2005 auf 2,8 Prozent in 2009. Dadurch stieg nicht nur der Nettolohn für die Beschäftigten an, sondern es konnten Stellen mit geringen Arbeitskosten geschaffen werden (siehe Scharpf 1997). Personen mit einem hohen Einkommen und einem geringen Risiko, arbeitslos zu werden, profitieren besonders von diesem Beitragsrückgang und sind zudem nicht von den negativen Effek-

ten der Reform betroffen. Sie zählen zu den Agenda-Gewinnern.

Dementsprechend erwarten wir, dass die SPD eine höhere Unterstützung in Kreisen mit einem hohen Anteil an Agenda-Gewinnern erzielt. Sollte unser Argument zutreffen, dass das Auseinanderdriften der Agenda-Verlierer und der SPD der Partei Die Linke zum Wahldurchbruch verholfen hat, sollten wir zudem beobachten können, dass Agenda-Verlierer sich nun der Partei Die Linke zuwenden.

Empirische Analyse

Vor dem Hintergrund der schwierigen Datenlage greifen wir auf zwei verschiedene Datenquellen zurück: *Erstens* liefern uns Daten der Verwaltung⁴ eine einmalige Auswahl an sozioökonomischen Indikatoren auf Ebene der Kreise. Diese Daten verknüpfen wir mit den offiziellen Wahlergebnissen.⁵ Wir verfügen über Daten aus 406 Kreisen und der letzten vier Bundestagswahlen (1998, 2002, 2005, 2009). Das entspricht 1636 Beobachtungen.

Wir interessieren uns dafür, ob die SPD überdurchschnittlich viel Stimmen in Kreisen verliert, die einen hohen Anteil an Agenda-Verlierern aufweisen. Deshalb ist unsere *erste* abhängige Variable *der Stimmenanteil der SPD auf Ebene der Kreise*. Zur Untersuchung unserer These, der Wahldurchbruch der Linken sei eine direkte Folge der Agenda und damit verbunden sei eine Abwanderung von Agenda-Verlierern zu beobachten, führen wir die gleiche Analyse für den *Stimmenanteil der Partei Die Linke* durch – unsere *zweite* abhängige Variable. Die *dritte*

abhängige Variable ist der Effekt der Agenda auf die Anzahl der *Stimmenenthaltungen*. Für enttäuschte Agenda-Verlierer ist die Stimmenenthaltung eine Option, die insbesondere von sozial marginalisierten Gruppen mit einem geringen politischen Wissen gewählt wird (vgl. Brady et al. 1995; Schäfer et al. 2016).

Es ist wichtig, die Wahlbeteiligung zu berücksichtigen, da sozialstaatliche Einschnitte zu einer weiteren Entfremdung bestimmter Gruppen vom demokratischen Prozess führen können (vgl. Mahler 2008; für Deutschland siehe Schäfer 2011). Zudem ist die Wahlbeteiligung auch aus einer strategischen, parteipolitischen Sicht wichtig: Wenn jene der Wahl fern bleiben, die negativ von der Agenda betroffen sind, fallen die Folgen für die SPD an der Wahlurne weniger dramatisch aus und ein sozialpolitischer Kurswechsel erscheint weniger geboten.

Unsere *unabhängigen* Variablen bilden der Anteil der Arbeitslosen im Kreis, Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitslose sowie der Anteil der Beschäftigten in der Industrie sowie geringqualifizierte regulär Beschäftigte. Sie alle kumulieren wir mittels einer Faktoranalyse zu einem Index von „Agenda-Verlierern“.

Agenda-Gewinner messen wir, indem wir den Anteil der hoch-qualifizierten Beschäftigten am gesamten Beschäftigungsniveau auf Kreisebene betrachten. Es ist elementar, sich auf das typische Wahlverhalten der identifizierten Gruppen zu konzentrieren und es vom allgemeinen Wahlverhalten zu unterscheiden (vgl. King et al. 2008). Aus diesem Grund kontrollieren wir das allgemeine sozialdemokratische Wahlergebnis durch den Einbezug des Stimmenanteils der SPD auf Länderebene. Wir kontrollieren zudem das Durchschnittseinkommen auf

4 Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung: <http://www.bbsr.bund.de> [24.04.2016].

5 Wahlbezirksstatistik des Bundeswahlleiters: <http://www.bundeswahlleiter.de> [24.04.2016].

Kreisebene, da Einkommen und Wohlstand das Wahlverhalten stark beeinflussen.

Widmen wir uns der empirischen Analyse der SPD-Wahlergebnisse. Tabelle 1 zeigt die Schätzwerte für den relativen Wahlerfolg der SPD als abhängige Variable in Verlierer-

Kreisen in Modell 1. Modelle 2 und 3 zeigen die Korrelation zwischen Verlierer-Kreisen und dem Wahlergebnis der Linken beziehungsweise den Stimmenthaltungen. Dies erlaubt es, unsere These über den Parteienwettbewerb genauer zu untersuchen. Wir

Tabelle 1: Die Wahlentscheidungen der Agenda-Verlierer von 1998 bis 2009

	SPD Modell 1	Die Linke Modell 2	Stimmenthaltung Modell 3
Agenda Verlierer	-0.489* (0.21)	-0.479** (0.15)	-0.221 (0.16)
1998 [Referenzkat.]			
2002	-0.648*** (0.18)	0.078 (0.12)	0.322 (0.17)
2005	-1.055*** (0.32)	1.100*** (0.24)	0.520* (0.26)
2009	-2.434*** (0.59)	2.086*** (0.38)	1.169** (0.44)
1998*Verlierer [Referenzkat.]			
2002*Verlierer	0.427** (0.13)	-0.033 (0.08)	0.336** (0.10)
2005*Verlierer	0.154 (0.12)	0.411*** (0.10)	0.227* (0.09)
2009*Verlierer	-0.380* (0.15)	0.780*** (0.13)	0.252 (0.13)
Durchschnittl. Haushaltseinkommen	0.004** (0.00)	-0.002* (0.00)	-0.001 (0.00)
SPD Ergebnis auf Länderebene	0.940*** (0.03)		
Linke Ergebnis auf Länderebene		0.827*** (0.04)	
Stimmenthaltung auf Länderebene			0.942*** (0.03)
Konstante	-2.100 (1.88)	2.940** (1.03)	2.247 (1.45)
Gesamtes R ²	0.752	0.960	0.769
R ²	0.976	0.948	0.966
Beobachtungen	1608	1608	1608
Kreise	406	406	406

Werte in Klammern geben die Standardfehler an, Regressionen sind mit robusten Standardfehlern gerechnet; * = signifikant auf dem 0.1 Level, ** = signifikant auf dem 0.05 Level, *** = signifikant auf dem 0.01 Level.

mutmaßen, dass die Entfremdung zwischen der SPD und den Agenda-Verlierern der Partei Die Linke einen Wähleraufschwung beschert – also eine direkte Folge der Agenda ist. Trifft dies zu, sollte das Wahlergebnis der Linken spiegelverkehrt zu dem der SPD sein.

Die Auswertung zeigt, dass die SPD erst ab 2009 die Stimmen der Agenda-Verlierer einzubüßen begann. Wir erklären dies damit, dass die Verlierer zu diesem Zeitpunkt realisierten, dass die insgesamt positiven Effekte der Reform auf die Beschäftigung ihre individuelle Situation nicht veränderte.

1998 gewann die SPD weniger Stimmen in den Kreisen der späteren Agenda-Verlierer. Im Jahre 2002 jedoch war das zentrale Versprechen der SPD im Wahlkampf, die Arbeitslosenquote zu reduzieren. Viele spätere Agenda-Verlierer wählten die SPD in der Hoffnung, am wirtschaftlichen Aufschwung teilzuhaben. Dieser Effekt auf die Wahlergebnisse der SPD war besonders stark unter Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen, während industriell und geringqualifizierte Beschäftigte ihr Wahlergebnis im Jahre 2002 negativ beeinflussten. Es scheint, als ob Arbeiter/innen im industriellen Sektor und Geringqualifizierte – beides Gruppen in einem Beschäftigungsverhältnis, die sich nicht von Versprechungen einer reduzierten Arbeitslosigkeit angezogen fühlten – die Reformpläne der SPD skeptischer sahen. 2005 war die Euphorie in den Verlierer-Kreisen beinahe verschwunden. Insgesamt bestätigen die Resultate unsere erste These, *dass die Agenda zu einer Entfremdung zwischen der SPD und ihrer Kernwählerschaft führte.*

Das bringt uns direkt zur zweiten These, dass der bundespolitische Wahldurchbruch der Partei Die Linke eine direkte Folge der Entfremdung zwischen der SPD und den Agenda-Verlierern ist. Sollte dies zutreffen,

müsste Die Linke dort Erfolg haben, wo die SPD einen schweren Stand hat.

Die Datenanalyse zeigt genau das: Die radikale linke Mitbewerberin der Sozialdemokraten gewann 2009 und 2005 deutlich mehr Stimmen in Verlierer-Kreisen, als das noch 2002 der Fall war. Die Stimmenthaltung ist eine weitere Reaktion enttäuschter Wähler auf die Agenda, was Modell 3 in Tabelle 1 zeigt. In 2002 und 2005 war die Stimmenthaltung in den Verlierer-Kommunen eine attraktive Option, bis sich Die Linke 2009 als eine alternative Partei präsentieren konnte. Während eine geringe Wahlbeteiligung besonders unter benachteiligten Gruppen aus einem demokratischen Blickwinkel heraus besorgniserregend ist, reduzierte die Stimmenthaltung in den Verlierer-Kreisen den politischen Schaden für die SPD. Solange enttäuschte Wähler der Wahl fernbleiben, waren die Folgen für die SPD beschränkt. Das Wahldebakel von 2009 setzte erst ein, als sich enttäuschte Wähler der Linken zuwandten.

In unserer dritten These gehen wir davon aus, dass die Agenda zu einem Stimmengewinn der SPD bei den Reformgewinnern führte. Unsere Analyse zeigt, dass der positive Effekt im Stimmenanteil der SPD mit Blick auf die einkommensstarke Mittelschicht über die Zeit angestiegen ist. Auch hier gilt, dass das Wahlergebnis spiegelverkehrt für Die Linke ist: Über die Zeit nimmt der Wahlerfolg der Linken bei der einkommensstarken Mittelschicht ab. Es überrascht nicht, dass in dieser Gruppe kaum Stimmenthaltungen verbreitet sind (siehe Modell 3).

Die Ergebnisse belegen, dass der Wählerschwund der SPD nicht aus einer profanen Entfremdung der Arbeiterklasse von sozialdemokratischen Parteien folgte, sondern dass diese Entfremdung vor allem bei

Agenda-Verlierern deutlich hervortrat. Sie ist also eine direkte Folge der Reformen. Nur bei den Agenda-Gewinnern konnte die SPD an Zustimmung gewinnen.

Die insgesamt geringer werdende Unterstützung für die SPD lässt vermuten, dass sie sich immer weniger auf loyale Kernwähler verlassen kann. Dieses Problem bereitet anderen Parteien weit weniger Kopfzerbrechen. Knapp 60 Prozent der Wähler, die

1998 die SPD unterstützten, stimmten 2002 erneut für sie, wie die Untersuchung der Wählermobilität in Tabelle 2 zeigt. Nur 38 Prozent der SPD-Wähler von 2005 stimmten jedoch auch 2009 für die SPD. Dennoch haben die Sozialdemokraten in absoluten Zahlen den größten Teil ihrer Wählerschaft nicht an Die Linke verloren, sondern an die große Partei der Nicht-Wähler sowie an die CDU/CSU. Der Anteil an SPD-Wählern,

Tabelle 2: Ökologische Inferenz der Wählermobilität 1998-2009, Prozent aller Wähler.

1998/2002	Nicht-Wähler 2002	SPD 2002	CDU/CSU 2002	Grüne 2002	FDP 2002	Andere 2002	Total
Nicht-Wähler 1998	36.3	23.5	30.2	3.3	0.9	5.8	100
SPD 1998	18.4	58.6	10.0	4.1	4.1	4.9	100
CDU/CSU 1998	20.1	9.4	60.0	2.5	5.5	2.6	100
Grüne 1998	6.0	20.0	7.8	55.4	6.2	4.8	100
FDP 1998	5.2	23.2	15.4	13.9	39.5	2.8	100
Die Linke 1998	31.3	29.3	8.3	4.1	2.8	24.3	100
Andere 1998	11.7	7.7	57.6	4.4	4.5	14.0	100
Durchschnittlicher Wahlerfolg	21.0	30.4	30.5	12.5	9.1	8.4	100

2002/2005	Nicht-Wähler 2005	SPD 2005	CDU/CSU 2005	Grüne 2005	FDP 2005	Linke 2005	Andere 2005	Total
Nicht-Wähler 2002	32.3	27.1	26.7	3.7	2.9	5.5	1.9	100
SPD 2002	22.0	45.8	11.6	5.8	4.6	9.3	1.0	100
CDU/CSU 2002	22.0	8.5	50.1	3.7	8.8	0.7	6.1	100
Grüne 2002	13.9	22.0	14.0	27.9	17.0	4.5	0.8	100
FDP 2002	8.9	24.1	30.9	4.7	26.7	2.5	2.2	100
Andere 2002	14.4	29.0	5.7	10.1	4.2	31.5	5.2	100
Durchschnittlicher Wahlerfolg	22.4	26.6	27.6	6.4	7.7	6.3	3.1	100

2005/2009	Nicht-Wähler 2009	SPD 2009	CDU/CSU 2009	Grüne 2009	FDP 2009	Linke 2009	Andere 2009	Total
Nicht-Wähler 2005	55.3	14.4	12.3	4.2	3.6	6.7	3.5	100
SPD 2005	32.4	38.0	7.3	6.3	5.1	8.5	2.4	100
CDU/CSU 2005	17.4	3.1	59.1	1.9	12.8	0.6	5.3	100
Grüne 2005	10.4	11.9	3.7	54.6	9.4	6.9	3.1	100
FDP 2005	7.9	6.3	24.7	9.9	48.9	0.8	1.5	100
Die Linke 2005	21.9	13.9	2.4	3.3	1.0	54.2	3.4	100
Andere 2005	23.8	4.3	24.1	3.2	9.8	5.6	29.1	100
Durchschnittlicher Wahlerfolg	29.2	16.4	24.0	7.7	10.4	8.0	4.3	100

die nicht an Wahlen teilnahmen, stieg von 18 Prozent in 2002 auf 32 Prozent in 2009 an. Der Wählerstrom weg von der SPD und hin zur Union kann mit der höheren wirtschaftspolitischen Glaubwürdigkeit der Union zusammenhängen.

Das Wählerglück der SPD unter Agenda-Gewinnern weist darauf hin, dass die SPD einen Stimmenzugewinn bei der Mittelschicht in 2005 und in geringerem Maße auch in 2009 verzeichnen konnte. Trotzdem waren die Stimmenzugewinne in der Mittelschicht nicht ausreichend, um das Wahldebakel von 2009 zu verhindern. Die 10 Prozent ehemaliger SPD-Wähler, die sich 2005 der Partei Die Linke zuwendeten (knapp 7 Prozent in West-Deutschland) reichten aus, um der Partei zum bundesweiten Wahldurchbruch zu verhelfen. Nichtsdestotrotz ist die wohl bedeutendste Folge die gestiegene Anzahl an ehemaligen SPD-Wählern, die nicht mehr an Wahlen teilnehmen. Das ist eine bisher unterschätzte Entwicklung, die auch die politische Legitimität des gesamten politischen Systems untergraben könnte.

Schlussfolgerungen

Im letzten Jahrzehnt überraschte Deutschland mit seinen tiefgreifenden Sozialstaats- und Arbeitsmarktreformen. Wurde Deutschland noch zuvor als ein paradigmatischer Fall für Reformblockaden und institutionelle Trägheit betrachtet (vgl. Kitschelt 2003; Kitschelt/Streeck 2004), rüttelte die Agenda an den Fundamenten deutscher Sozialpolitik und der Architektur des Arbeitsmarktes. Die Reform repräsentiert eine klare Abkehr vom traditionellen Modell des deutschen Wohlfahrtsstaates, das auf dem Statusschutz von Insidern basierte und sich nun mehr an einem aktivierenden Sozial-

staat mit einer deutlichen Flexibilisierung des Arbeitsmarktes orientierte. Diese Reformen trafen auf einen heftigen Widerstand der Öffentlichkeit. Die SPD als verantwortliche Partei musste nicht nur mit ansehen, wie ihre Zustimmungswerte abstürzten und die Unterstützung der Wähler wegbrach, sondern auch, wie sich ein neuer linker Mitbewerber dauerhaft etablierte.

In diesem Beitrag untersuchten wir die wahlpolitischen Konsequenzen der Agenda 2010 auf das traditionelle sozialdemokratische Klientel. Dabei identifizierten wir drei Outsider-Gruppen (Geringqualifizierte, Arbeitslose und Langzeitarbeitslose) und zwei Insider-Gruppen (Arbeiter in der Industrie und ältere Arbeitslose) als Hauptverlierer des Reformprojekts.

Im Ergebnis trug die Agenda 2010 *erstens* dazu bei, dass sich die SPD und ihre Kernwählerschaft entfremdeten. Davon konnte Die Linke profitieren. Zudem honorierten Wähler aus der Mittelschicht die Reformanstrengungen der SPD – im Durchschnitt mehr als andere.

Neben den direkten wahlpolitischen Effekten der Reform hatte die Agenda auch indirekte Folgen für die Wahlaussichten der SPD. Sie veränderte grundlegend die Parteienlandschaft. Die ostdeutsche und ehemals kommunistische PDS konnte sich fest im deutschen Parteiensystem etablieren und ist nach dem Zusammenschluss mit der westdeutschen „Wahlalternative – Arbeit und Gerechtigkeit“ eine Alternative für enttäuschte SPD-Wähler/innen.

Darüber hinaus ist die CDU eine Alternative für enttäuschte Insider. Als die Christdemokraten sich nach 2009 von ihrem neoliberalen Kurs verabschiedeten und sich in die politische Mitte bewegten, fand sich die SPD eingeeengt zwischen einer sozialstaatsfreundlichen CDU und einem or-

thodoxen linken Mitbewerber wieder. Das führte zum Wahldesaster.

Der spektakuläre Absturz der Sozialdemokraten im Jahr 2009 entstand also aufgrund einer komplizierten Gemengelage als verspätete Folge der Agenda 2010. Vergleichende Studien haben diese verzögerte Wirkung bislang nicht berücksichtigt und kamen daher zu problematischen Ergebnissen.

Aus dem Englischen von Fabian Heppe und Marius Mühlhausen

Literatur

- Armingeon, K./Giger, N. 2008: Conditional Punishment. A comparative analysis of the electoral consequences of welfare state retrenchment in OECD nations, 1980-2003. In: *West European Politics*, 31, 558-80.
- Arndt, C. 2013: The electoral consequences of third way welfare state reforms: Social democracy's transformation and its political costs. Amsterdam.
- Brady, H. E./Verba, S./Schlozman, K. L. 1995: Beyond Ses: A Resource Model of Political Participation. In: *The American Political Science Review*, 89, 271-294.
- Emmenegger, P./Häusermann, S./Palier, B./Seeleib-Kaiser, M. 2012: The Age of Dualization. The Changing Face of Inequality in Deindustrializing Societies. New York/Oxford.
- Emmenegger, P./Marx, P./Schraff, D. 2015: Labour market disadvantage, political orientations and voting: how adverse labour market experiences translate into electoral behaviour. In: *Socio-Economic Review*, 13, 189-213.
- Estévez-Abe, M./Iversen, T./Soskice, D. 2001: Social Protection and the Formation of Skills: A Reinterpretation of the Welfare State. In: Hall, P. A./Soskice, D. (Hrsg.): *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford.
- Giger, N. 2012: Is Social Policy Retrenchment Unpopular? How Welfare Reforms Affect Government Popularity. In: *European Sociological Review*, 28, 691-700.
- Giger, N./Nelson, M. 2011: The Electoral Consequences of Welfare State Reform. Blame Avoidance or Credit Claiming in the Era of Permanent Austerity? In: *European Journal of Political Research*, 50, 1-23.
- Green-Pedersen, C. 2001: Welfare-state retrenchment in Denmark and the Netherlands, 1982-1998 – The role of party competition and party consensus. *Comparative Political Studies*, 34, 963-985.
- Green-Pedersen, C. 2002: *Politics of Justification. Party Competition and Welfare-State Retrenchment in Denmark and the Netherlands from 1982 to 1998*. Amsterdam.
- Häusermann, S./Picot, G./Geering, D. 2012: Rethinking Party Politics and the Welfare State – Recent Advances in the Literature. *British Journal of Political Science*.
- Häusermann, S./Schwander, H. 2012: Varieties of Dualization? Labor Market Segmentation and Insider-Outsider Divides across Regimes. In: Emmenegger, P./Häusermann, S./Palier, B./Seeleib-Kaiser, M. (Hrsg.): *The Age of Dualization. The Changing Face of Inequality in Deindustrializing Societies*. Oxford/New York.
- Hopkin, J. 2004: *Hard Choices, Mixed Incentives: Globalization, Structural Reform, and the Double Dilemma of European Socialist Parties*. London.
- Karreth, J./Polk, J. T./Allen, C. S. 2013: Catchall or Catch and Release? The Electoral Consequences of Social Democratic Parties' March to the Middle in Western Europe. In: *Comparative Political Studies*, 46, 791-822.
- King, D./Rueda, D. 2008: Cheap Labor: The New Politics of "Bread and Roses" in Industrial Democracies. In: *Perspectives on Politics*, 6, 279-297.
- King, G./Rosen, O./Tanner, M./Wagner, A. F. 2008: Ordinary Economic Voting Behavior in the Extraordinary Election of Adolf Hitler. In: *The Journal of Economic History*, 68, 951-996.
- Kitschelt, H. 1999: European Social Democracy between Political Economy and Electoral Competition. In: Kitschelt, H./Lange, P./Marks, G./Stephens, J. (Hrsg.): *Continuity and change in contemporary capitalism*. New York.
- Kitschelt, H. 2001: *Partisan Competition and Welfare State Retrenchment. When Do Politicians Choose Unpopular Policies? The New Politics of the Welfare State*. Oxford.
- Kitschelt, H. 2003: Political-economic context and partisan strategies in the German federal elections, 1990–2002. In: *West European Politics*, 26, 125-152.
- Kitschelt, H./Streeck, W. 2004: *Germany: Beyond the Stable State*. London.
- Koch, S./Kupka, P./Steinke, J. 2009: *Aktivierung, Erwerbstätigkeit und Teilhabe. Vier Jahre Grundsicherung für Arbeitssuchende*. Bielefeld.

- Mahler, V. A. 2008: Electoral turnout and income redistribution by the state: A cross-national analysis of the developed democracies. In: *European Journal of Political Research*, 47, 161-183.
- Manow, P. 2013: Religious Cleavages, Divisions on the Left and the Political Economy of Southern Europe. In: *International Journal of Social Quality*, 3, 78-105.
- Manow, P. 2015: Workers, Farmers, and Catholicism: A History of Political Class Coalitions and the South-European Welfare State Regime. In: *Journal of European Social Policy*, 25, 32-49.
- Manow, P./Seils, E. 2000: The employment crisis of the German welfare state. In: *West European Politics*, 23, 137-160.
- Obermaier, T./Schultheis, K./Sell, S. 2013: Endstation Arbeitsgelegenheit!? Teilhabeperspektiven in „Ein-Euro-Jobs“ – Die Sicht der Betroffenen. IST-Studie.
- Palier, B./Thelen, K. 2010a: Institutionalizing Dualism: Complementarities and Change in France and Germany. *Politics & Society*, 38, 119-148.
- Palier, B./Thelen, K. A. 2010b: Institutionalizing Dualism: Complementarities and Change in France and Germany. In: *Politics & Societies*, 38, 119 – 148.
- Pierson, P. 1998: Irresistible Forces, Immovable Objects: Post-Industrial Welfare States Confront Permanent Austerity. In: *Journal of European Public Policy*, 5, 539-560.
- Pierson, P. 2001a: Coping with permanent austerity: welfare state restructuring in affluent democracies. In: Pierson, P. (Hrsg.): *The New Politics of the Welfare State*. Oxford.
- Pierson, P. (Hrsg.) 2001b: *The New Politics of the Welfare State*. Oxford.
- Rhein, T. 2013: Erwerbseinkommen. Deutsche Geringverdiener im europäischen Vergleich. IAB Kurzbericht – Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 15.
- Ross, F. 2000: ‚Beyond left and right‘: The new partisan politics of welfare. In: *Governance: An International Journal of Policy and Administration*, 13, 155-183.
- Rueda, D. 2006: Social Democracy and Active Labour-Market Policies: Insiders, Outsiders and the Politics of Employment Protection. In: *British Journal of Political Science*, 36, 385-406.
- Rueda, D. 2007: Social Democracy inside out. Partisanship and Labor Market Policy in Industrialized Democracies. Oxford.
- Schäfer, A. 2011: Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie? In: Bytzek, E./Rossteu-scher, S. (Hrsg.): *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*. Frankfurt/New York.
- Schäfer, A./Schwander, H./Manow, P. 2016: Die ‚sozial auffällige‘ Nichtwähler: Determinanten der Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl 2013. In: Schoen, H./Weßels, B. (Hrsg.) *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013*. Wiesbaden.
- Scharpf, F. 1997: Employment and the Welfare State: A Continental Dilemma. MPIfG Working Paper 97/7, Juli 1997.
- Schmidt, M. G. 2006: Wenn zwei Sozialstaatsparteien konkurrieren: Sozialpolitik in Deutschland. In: Schmidt, M. G./Zohlnhöfer, R. (Hrsg.) *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen und Aussenpolitik seit 1949*. Wiesbaden.
- Schumacher, G. 2011: ‚Modernize or Die‘? Social Democrats, Welfare State Retrenchment and the Choice between Office and Policy. Amsterdam.
- Schwander, H. 2013: Are Social Democratic Parties Insider Parties? Electoral Strategies of Social Democratic Parties in Western Europe in the age of dualisation. Paper presented at the 20th Conference of Europeanists in Amsterdam, NL, June 24-27, 2013.
- Streeck, W./Thelen, K. 2005: *Beyond Continuity: Institutional Change in Advanced Political Economies*. Oxford.
- Thelen, K. 2014: *Varieties of Liberalization and the New Politics of Social Solidarity*. New York.
- Trampusch, C. 2005: Sozialpolitik in Post-Hartz Germany. In: *WeltTrends*, 47, 77-90.
- Watson, S. 2008: The Left Divided: Parties, Unions, and the Resolution of Southern Spain’s Agrarian Social Question. In: *Politics & Society*, 36, 451-477.

Dr. Hanna Schwander

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungszentrum für Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen. Sie arbeitet primär zu den Auswirkungen von Veränderungen im Sozialstaat und Arbeitsmarkt auf den politischen Wettbewerb.
E-Mail: hanna.schwander@uni-bremen.de

Prof. Dr. Philip Manow

ist Professor für Vergleichende Politische Ökonomie am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen.
E-Mail: manow@uni-bremen.de